

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgen- und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die schneefeldsche Konpartei-Gesellschaft über deren Raum kostet 18.— Mk., einschließlich Interaktion. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Interaktion.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Königliche Schupo

In der Donnerstag-Nummer unseres Blattes zeichnen wir an der Spitze des Groß-Berliner Teils „ein republikanisches Zeitbild“: den Reichswehr-Obersten Freiherrn von Bogyheim, der einen Berliner Bürger auf der Straße beleidigte, dessen Feststellung aber große Schwierigkeiten machte, weil der Schupo-Beamte vom Straßenamt die Ansicht äußerte, er könne doch den „Herrn Oberst“ nicht — wie einen gewöhnlichen Sterblichen — feststellen!

Es wird die breitere Öffentlichkeit gewiß ebenso interessieren wie in Erstaunen versetzen, wenn wir hiermit „feststellen“, daß jener Schupo-Beamte ganz so gehandelt hat, wie es sein Reglement ihm vorschreibt! Denn für das Verhalten der Beamten der Schutzmannschaft gegen Militärpersonen sind bis auf den heutigen Tag die durch „Allerhöchste Kabinetts-Order“ vom 6. Dezember 1855 genehmigten Bestimmungen maßgebend!!!

Diese Tatsache ist der Schutzmannschaft 47 Jahre später, durch die „Allgemeine Dienst-Vorschrift“ vom 30. Mai 1902, im vierzehnten Jahre der glorreichen Regierung Wilhelms II., von neuem zum Bewußtsein gebracht worden. Wir haben eine Anzahl Schupo-Beamte gefragt, ob ihnen über Aufhebung der Order von 1855 irgend etwas bekannt sei; sie haben diese Frage samt und sonders rundweg verneint.

Also gilt sie noch! Und daß sie in der Praxis noch heute, in ihrem 67. Lebensjahre, munter blüht, daß sie Zusammenbruch des Königtums, Aufstieg der Revolution frisch überstanden hat, beweist ja gerade der Vorfall mit dem Reichswehr-Obersten vom Hohenzollern-Damm.

In jener königlichen Verfügung für die königliche Schutzmannschaft gab es und für die „Königliche Schupo“ gibt es noch heute einen § 28, der vom „Verhalten gegen Militärpersonen“ handelt. Danach sind diese „vom Stande der Feldweibel und Wachmeister abwärts“ unter gewissen Umständen auf der Straße festzustellen oder gar vom Fleck weg zu verhaften. Ganz anders jedoch ist mit der geheiligten Person des Offiziers zu verfahren. In der noch heute gültigen königlichen Kabinetts-Order heißt es hierüber:

... Der Offizier ist dadurch, daß er die Offizier-Uniform der Armee Seiner Majestät des Königs trägt, als Offizier legitimiert, bedarf der Polizei gegenüber seiner anderen Legitimation und darf und muß demgemäß ... im Interesse seines Standes besondere Rücksichten in Anspruch nehmen.

Er'n Stand legt ihm dagegen die Verpflichtung auf, den Befehlen seiner Vorgesetzten mit Pünktlichkeit nachzukommen, daher sich nicht erlauben läßt, daß ein Offizier gegen polizeiliche ihm bekannt gewordene (!) Anordnungen fehlen wird. Sollte dies demungachtet geschehen, so geht die Verfügung der Polizeibeamten nur dahin, den Offizier ruhig und in angemessenen Worten darauf aufmerksam zu machen, daß er gegen eine solche polizeiliche Anordnung verstoßen habe.

Weiter gehen ihre Befugnisse hier nicht, da es dem allgemeinen Interesse mehr entspricht, daß eine polizeiliche Nebenretzung augenblicklich ungerügt bleibt und erst später eine strenge Rüge zur Folge hat, als daß ein Konflikt zwischen Offizieren und Polizeibeamten herbeigeführt wird.

Nur wenn ein Offizier sich und seinen Stand so weit vergessen sollte, daß er ein Verbrechen begeht und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit Gefahr im Verzuge ist, so haben die Polizeibeamten das Recht (also selbst da nicht einmal die Pflicht! Red. „Freiheit“), auch gegen Offiziere direkt einzuschreiten und nötigenfalls selbst eine Arretierung vorzunehmen.

... Die Polizeibeamten haben genau zu erwägen, daß es sich bei der Arretierung eines Offiziers nicht um Personen allein, sondern auch um die Kompromittierung der Offizier-Uniform der Armee Seiner Majestät des Königs handelt ...

Da weder die Kabinetts-Order von 1855 noch die Verfügung von 1902 aufgehoben ist und die Schupo von 1922 sich an diese Dienst-Vorschriften noch immer gebunden erachtet, so geht aus den Darlegungen und Zitaten oben also hervor, daß jener Beamte vom Straßenamt ebenso vorschriftsmäßig wie — vorsichtig handelte, als er den Obersten von Bogyheim nicht feststellen wollte; denn nach Lage der Dinge hätte der biedere Schupomann obendrein noch Unannehmlichkeiten bei seiner vorgesetzten Behörde haben können.

Nein! Das Uebel liegt tiefer. Noch immer ist der Geist Friedrich Wilhelms IV. (1855!) und Wilhelms II. (1902) nicht ausgerottet, noch immer spult die Weise

Aufhäusers Abrechnung mit Gröner

Gegen die Skinnesierung der Reichsbahn — Gegen die Massenmaßregelungen streikender Eisenbahner

Wieder einmal mußte der Verkehrsgeneral Gröner Spieghelreden im Reichstage. Wie beim großen Streik der Eisenbahnbeamten am 11. und 12. Februar der Genosse Dittmann, so war es gestern beim Eisenbahnetat der Genosse Aufhäuser, der eine schonungslos Abrechnung mit dem Scharfmacherkurie im Reiche Gröners hielt. In mehr als zweistündiger großangelegter Rede nahm Genosse Aufhäuser zunächst Stellung gegen das geplante Attentat des Reichsverbandes der Industrie, die Eisenbahnen zu skinnesieren und ging dann über zu einer vernichtenden Kritik der Massenmaßregelungen, die unter Mißachtung der feierlichen gegenseitigen Zusage des Reichstanzlers bei der Eisenbahn vorgenommen werden. Leider können wir aus Raumangel nur einen gedrängten Auszug aus der Rede bringen, die im vollen Wortlaut unter den Eisenbahnern verbreitet werden sollte.

Aufhäuser (USP D):

Wenn diesmal die Etatsberatung zum Verkehrsministerium das besondere Interesse aller Kreise erfaßt, so dürfte die erhöhte Bedeutung dieser Beratung nicht nur darauf zurückzuführen sein, daß der Verkehr im allgemeinen eine große Bedeutung für die Produktion hat, sondern auch darauf, daß bei der augenblicklichen Stillnahme zur Eisenbahnwirtschaft sich alle Strömungen der Bevölkerung, auch die Macht- und Kräfteverhältnisse abspiegeln.

Je weiter entfernt wir vom 9. November sind, um so mehr sind alle Sozialisierungsgedanken in den Hintergrund getreten, um so mehr hat alle Sozialisierungsbestrebungen bis auf den letzten Rest unterdrückt, um so mehr geschieht, um die frühere private wirtschaftliche Macht völlig zu rekonstruieren.

Die Privatwirtschaft fühlt sich stark genant, nicht nur die Machtpositionen, die sie vor dem Kriege hatte, wieder zu erobern, sondern auch haarsträubende Verurteilung an sich zu reihen, die vor dem Kriege das unbeherrschte Eigentum der Gesamtheit waren. Diejenigen, die mit aller Entschiedenheit für die Ueberführung der Eisenbahn in die Privatwirtschaft tönen, haben jetzt bei der Beratung sehr wenig und nur Oberflächliches darüber gesagt. Der Kollege Reichert hat sich gestern hauptsächlich auf die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie über die Eisenbahn bezogen. Man diskutiert nicht öffentlich über den Plan, die Eisenbahn in Privatbesitz zu überführen, denn als in München vorlaut und zu frühzeitig man den Plan der Privatisierung der Eisenbahn verkündigte, erhob sich gegen diesen Raub ein Sturm der Empörung bei der Arbeitererschaft. Jetzt bereitet man alles im stillen vor, und glaubt, daß sich dann die Arbeitererschaft schon mit der vollendeten Tatsache abfinden wird. Der deutschnationale Redner hat zwar erklärt, daß sie für harte Staatsbetriebe sind, aber im republikanischen Staatsbetriebe haben sie kein Interesse an — harten Staatsbetrieben. Jetzt treten sie mit derselben Entschiedenheit für die Ueberführung von Staatsbetrieben in das Privateigentum ein, wie sie im alten Kaiserreich für die Erhaltung der harten Staatsbetriebe sich einsetzten. Die Privatindustrie hat lediglich deshalb ein Interesse an der Eisenbahn, weil an ihr „etwas zu verdienen“ ist.

Wenn tatsächlich die Eisenbahn im Besitz der Privatindustrie ein Objekt bildet, auf Grund dessen sie im Ausland genügend Kredite bekommen kann, — und das war doch der vornehmste Gedanke bei der sogenannten Kreditation der Industrie, die für diese Kreditation die Privatisierung der Eisenbahn zur Bedingung machte —, warum kann dasselbe Objekt denn nicht dasselbe Ansehen haben, wenn es sich in Staats Händen befindet?

Von der Kreditation der Industrie hört man nichts mehr. Man hat aber erreicht, was man erreichen wollte, man hat

den Gedanken der Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbesitz „ausgerollt“. Auf der rechten Seite beklamt man sich lebhaft über die schlechte Finanzwirtschaft des Reichs, während die Industrie zur gleichen Zeit die Abhängigkeit des Reichs von ihr durch Entziehung des wertvollsten Objekts ins Unerträglichste steigern will. Die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ist der Anfang einer ganz losstimmatischen Propaganda, die Bevölkerung allmählich an den Gedanken der Privatisierung der Eisenbahn zu gewöhnen. Diese Denkschrift ist das Demagogische, was jemals an Denkschriften überhaupt geschrieben worden ist. Es wird hier dargestellt, als ob die ganze Ursache des jetzigen Defizits ausschließlich die ungenügende Ausnutzung des technischen Apparates sei (Zurück rechts: Die zu späten Tarifserhöhungen!). Wenn sich irgend jemand mit aller Entschiedenheit gegen die Wüterariserhöhung gewandt hat, so waren Sie es (nach rechts). Die finanziellen Missetaten sind nicht lediglich auf die jetzige Verwaltungspraxis zurückzuführen. Die Denkschrift behauptet, daß im Kriege die Eisenbahn noch mit Ueberfluß gewirtschaftet hat, erst der Zusammenbruch 1918 hätte das Defizit gebracht. Das ist unerhörte Demagogie. Wie kann man behaupten, daß der finanzielle Zusammenbruch der Eisenbahn mit der Revolution gekommen ist? Er ist damals zum Ausdruck gekommen, damals haben sich die Folgen des Krieges gezeigt. Es müßte in der Denkschrift vielleicht noch heißen, die Eisenbahn hat niemals eine größere Rentabilität gehabt als während des Krieges! Hierinhalb Jahre her man die Reparaturen zurückgezahlt, nur Trümmerhaufen von Wägen hat man zurückgelassen. Auch die technische Einrichtung der Eisenbahn war mit Rücksicht auf die Rüstungsindustrie völlig geändert.

Meine Fraktion fordert auch diesmal zum wiederholten Male die Uebernahme des Defizits der Eisenbahn auf die Kriegsschuld des Reiches um die Arbeit zu bekommen, die zum Wiederaufbau der Eisenbahn notwendig ist. Die Industrie glaubt, ihre Fähigkeit zur Uebernahme der Eisenbahn dadurch beweisen zu können, daß sie sagt, sie habe die Folgen des Krieges schon überwunden, während die Reichsbahn dies noch nicht getan hat. Wir kennen die Gründe nicht, warum die Privatindustrie die Kriegsschulden schon überwunden hat. Das erklärt sich aus den maßlosen Kriegs- und Salztagegewinnen, die sie während und nach dem Kriege bei den niedrigsten Realloöhnen erzielt hat.

Ich frage die Regierung, ob es zutrifft, daß das Reich während des Krieges an der Gründung der Nitropa in erheblichem Maße interessiert war, daß die künftige Uebergabe an lässlich geringem Preis erfolgt ist, daß der Dierckx der ehemaligen Nitropa-Abteilung im Ministerium, später Direktor bei der Nitropa geworden ist. (Hört, hört! links.) Kollege Reichert hat dem Minister den Vorwurf gemacht, daß er die Konjunktur für die Eisenbahn nicht ausnutze. Das ist ein Vertreter der Industrie, deren eng zusammengeklammerte Kartelle und Syndikate keine Konjunkturausnutzung dulden. Nicht dem besten kaufmännischen Direktor im Ministerium wird es gelingen, die feste Mauer zu durchbrechen, die die Industrie mit ihren Kartellen und Syndikaten gebildet hat. Wir sind für jede Reform zu haben, die eine Entbürokratisierung mit sich bringt. Voraussetzung aber ist, daß die Eisenbahn im Besitz des Reiches bleibt. Die Sozialisierungskommission hat den Vorschlag gemacht, die Eisenbahn in direkte Verbindung zu bringen mit denjenigen Rohstoffquellen, die sie tatsächlich benötigt. Worum geht man nicht an die Verwirklichung dieses Vorschlags?

Die Sparamkeit, die bei der Eisenbahnverwaltung vorgenommen werden soll, wird aber nur in Bezug auf die Arbeiter und Angestellten in Anwendung gebracht. Es werden aus Sparamkeit Massenentlassungen vorgenommen, die nicht nur unverantwortlich gegen die Arbeiter und Angestellten sind, sondern auch unverantwortlich im Interesse des Eisenbahnbetriebes. Der Erlass vom 20. Januar, nach dem 20 000 Personen entlassen werden müssen, hat geradezu verheerend auf die Eisenbahn gewirkt. Durch die durch den Friedensvertrag eingetretenen Gebietsabtretungen ist keine Verkehrsverminderung eingetreten, sondern lediglich eine

Frau der Gegen-Revolution in allen Ecken und Winkeln unserer republikanischen Kinderstube herum.

Als im Jahre 1855 jene Kabinetts-Order erlassen wurde, war die Sache verfassungsmäßig und rechtmäßig noch zu rechtfertigen; daß sie jedoch den 15. Mai 1871 und gar den 9. November 1918 überdauern konnte, das zeigt von den jämmerlichen Zuständen in Preußen-Deutschland von gestern und heute.

Am 15. Mai 1871 trat das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in Kraft. Der § 346 dieses Strafgesetzbuchs besagt, daß ein Beamter, der vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt oder bei Vollstreckung der Strafe mitzuwirken hat, mit Justizhaus bis zu 5 Jahren bestraft wird, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt ...

Alle Kommentatoren des Strafgesetzbuchs (D a l e, R ü d o r f f und wie sie heißen mögen) weisen übereinstimmend auf Reichsgericht's-Entscheidungen hin, aus denen hervorgeht, daß auch die „Nicht-anzeige seitens eines Polizei-Beamten“ als strafbare Unterlassung im Sinne des Gesetzes anzusehen ist! Aber die Ausstrahlungen der königlichen Macht von 1855/1902 sind — wie man sieht — härter als Reichsgesetz, als Revolution, als Volkswille und Parlamentarismus. Das heißt: solange Volk und Parlament sich diesem Skandal gefallen lassen!

Das Weitere wird sich ja finden, sobald die Interpellation unserer Reichstags-Fraktion über die königliche Schupo zur Verhandlung kommt.

Funktionärkonferenz der USPD. Groß-Berlin

In einer ungemein stark besuchten Konferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD, Groß-Berlin, handelte gestern abend Genosse Crispian in der Brauerei Königsplatz in einer großzügigen Rede „Genua und die internationale Arbeiterklasse“. Ueber das Referat werden wir in der morgigen Nummer ausführlicher berichten.

Im Anschluß an die Rede wendete sich Gen. Dr. Rosenfeld gegen die Auslieferung des italienischen Revolutionärs Goldrini und die Auslieferungsschmach im allgemeinen. Genosse Rosenfeld geißelte äußerst scharf die Praxis der deutschen Republik, die sich in nichts von jener des wilhelminischen Systems unterscheidet. Aber während z. B. damals die Sozialdemokratie einmütig gegen die Auslieferung Jean Jaurès unter der Reichskanzlerschaft Bälows protestierte, gefaßte sich heute die gleichen Sozialdemokraten in den Bälowschen Methoden. Einstimmig angenommen wurde die folgende

Resolution

Die Funktionärkonferenz der U. S. P. D. nimmt mit Enttäufung davon Kenntnis, daß die deutsche Regierung den Italiener Goldrini an die italienische Regierung ausgeliefert hat. Diese Auslieferung ist eine neue Verletzung des politischen Asylrechts, das von der Reichsregierung bereits den spanischen Syndikalisten Fort und Concepcion verweigert worden ist.

Die rechtssozialistische kapitalistische Koalitionsregierung hat wieder einmal die elementarsten Grundsätze einer wirklich freien Republik verraten. Die Verklammerung fordert, daß endlich allen politischen Flüchtlingen, die von den reaktionären Gewaltgebern ihres Landes verfolgt werden, in Deutschland eine Freistadt gewährt und ein freies Asylrecht garantiert wird.

Kadek

Die Feststellungen der „Freiheit“ über Kadeks Verhalten während seiner Verhaftung nach den Berliner Januar-Kämpfen 1919 veranlassen Kadek zu einer „Erklärung“ in der ich von ihm geleiteten „Noten Jahne“. Darin gibt er schweigend zu, daß er gegen die Veröffentlichung seines Bildes in der „Illustrierten Zeitung“ protestiert hat, weil sie sein Leben gefährden könne. Er bestätigt ferner, daß er sich auf den Schutz einer Denkschrift über die Januar-Vorgänge verlassen hat, die er als Manuskript einer bei ihm beschlagnahmten Broschüre bezeichnet. Trotzdem glaubt Kadek offenbar, die Feststellungen der „Freiheit“ über ihn entkräften zu haben. Noch ein Beitrag zur Beurteilung Karl Kadeks.

Kadeks Erklärung schließt:

„Zum Schluß möchte ich bei dem Chefredakteur der „Freiheit“, dem Abgeordneten Dittmann, anfragen, ob er die Verantwortung für diese Stilllegungen seiner Erklärungen übernimmt, und ob er einen Vergleich meines Verhaltens im Gefängnis mit demjenigen vor dem Reichsgericht öffentlich vertragen kann. Ich bin dazu gern bereit.“

Dieses Ablenkungsmanöver ist nach Inhalt und Form wieder ganz Kadek. Aber Genosse Dittmann hat gar keinen Anlaß, auszuweichen. Er beantwortet die beiden Fragen Kadeks feierlich mit einem glatten Ja und freut sich bereits auf Kadeks in Aussicht gestellte „Enttarnungen“.

Freundnachbarliche Liebenswürdigkeiten

„Vorwärts“ und „Noten Jahne“ gefallen sich seit Wochen darin, allerlei Meldungen über angeblichen Eintritt dieser oder jener Genossen in die Redaktion der „Freiheit“ in die Welt zu setzen und mehr oder minder freundnachbarliche Glöfchen daran zu knüpfen. Zur Abwechslung amüsieren die beiden Anipoden sich jetzt gegenseitig mit der Meldung von einem angeblichen Austritt aus der „Freiheit“-Redaktion. Bei allen diesen Meldungen handelt es sich um Schwärzereien von Genossen, die so intim mit den Leuten vom „Vorwärts“ sind, daß sie ihnen jedes halbe Wort, das sie über Parteinterne hören, brühwarm als Geheimnis mitteilen, damit es auch in die große Blode geklärt werden kann. Wir haben diese liebenswürdigen Auszuspinnungen unserer Freunde recht und links bisher ignoriert und sehen auch jetzt keinen Anlaß, ihre Reugierde zu stillen, stattdessen wir uns ja auch nicht um den Taubenschlag in der Redaktion der „Noten Jahne“ und um den Gummientwurf in der „Vorwärts“-Redaktion kümmern.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Donnerstag, den 11. Mai.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung 1 Uhr 10 Min. Die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitszeit in den Steinbrüchen beginnt wird auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion für einige Tage zurückgestellt.

Etat des Reichsverkehrsministeriums für 1922.

Abg. Quast (D. Sp.): Die Leistungen der Reichs-Eisenbahn haben sich erfreulicherweise im Verhältnis zum Jahre 1920 verbessert, sie sind jedoch nicht so glänzend, wie der Minister sie schildert.

Reichsverkehrsminister Gröner: Ich habe niemals ein Wort voraus gemacht, daß der technische Apparat der Reichs-Eisenbahn nicht imstande war, die im vorigen Herbst plötzlich einsetzende Verkehrswelle zu bewältigen. Die 15,6 Milliarden Defizit aus dem Jahre 1920 sind uns von den Vätern übergeben worden. Es wäre uns im Jahre 1921 gelungen, das Defizit ganz erheblich zu verringern, wenn nicht die Salzwasser-Gewinnung wäre. Trotz dieser Welle haben wir erhebliche finanzielle Verbesserungen durchführen können. Die ungleiche Verteilung des Personals hängt eng mit der Wohnungsfrage zusammen; wir sind dauernd bemüht, sie zu lösen. Die Verträge werden wie früher neuverhandelt, nur werden sie nicht vom Reich. — Von verschiedenen Seiten ist gestern die Frage des Eisenbahnerstreiks von neuem angeschnitten worden. Ich stelle nur fest, daß die Beamten ein paar mal durch Verordnungen und durch die Presse darauf hingewiesen wurden, daß der Streik eine schwere Verletzung ihrer Dienstpflicht bedeute. Es ist achtern hier im Hause eine Denkschrift der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten verteilt worden, die einen Gegenstand zwischen den Versprechungen des Reichskanzlers und den vom Kabinett ausgearbeiteten Maßnahmen behandelt. Für die Behandlung der streikenden Beamten alten lediglich die Richtlinien. Wegen die Beamten, die sich nur am Streik beisi-

hat oder den Streikbeschluss an ihrem Arbeitsort verbreitet haben, sollte kein Verfahren eingeleitet werden. In diesen Beamten konnte man aber nicht diejenige rechnen, die über ihren Bezirk hinaus eine rege Streikpropaganda entfalten. Erfas für Vorkaufsstellen durch den Streik wird nicht geleistet. Ich habe den Behörden Anweisung gegeben, den Streik als etwas Vergangenes zu betrachten und es nicht zu hoffen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen den Arbeitern und der Verwaltung zum Wohle des Volksganzen wieder hergestellt wird.

Abg. Wieland (Dem.): Die Vergütung von Arbeiten an Privatunternehmer geht nicht zu Recht, denn die Privatbetriebe arbeiten unbedingt billiger als die staatlichen. Was die Behandlung der im letzten Eisenbahnerstreik Beteiligten anbelangt, so pflichte ich ganz und gar dem Minister bei. Eine große Sorge ist, ob die Beförderung der Kohlen auf der Reichseisenbahn in solchem Umfange möglich sein wird, wie Deutschland sie notwendig hat.

Reichsverkehrsminister Gröner: Es muß und soll alles geschehen, um die Kohlenversorgung Deutschlands zu heben. Ich bin bereit, täglich noch 3000 Wagen mehr zu stellen als bisher. In der Frage der Tarifierhöhung soll der neue Reichseisenbahner in der nächsten Zeit gehört werden.

Die Rede Aufhäuser, der nach dem Reichsverkehrsminister sprach, veröffentlicht wir an anderer Stelle.

Nachdem ein kommunistischer Antrag auf Veräußerung abgelehnt wird, erarbeiten zu dem Etat noch das Wort die Abg. Dauer (D. Sp.) und Bary (SPD.). — Nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich der Reichstag auf Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen. Etat des Reichsverkehrsministeriums, Berufsverbände in der Dinnenschiffahrt, Postetat. — Schluß 19 Uhr.

Die Gegenätze in Genua

Sonderbericht des „Intel“.

Genua, 11. Mai.

Aus der Sitzung der einladenden Mächte über die beim Präsidenten der Konferenz eingelaufenen Beschwerden war zunächst nur ein farbloses Communiqué verbreitet worden, und erst nachträglich werden darüber Einzelheiten bekannt. In dieser Sitzung trat Lloyd George im scharfen Gegensatz zu Barthou für die Diskussion gewisser Grenzfragen auf der Konferenz ein, die in erster Linie Polen, ferner aber auch Litauen und Ostgalizien betreffen. Barthou bestand darauf, daß diese beiden Fragen dem Vorkonferenzrat in Paris zur Behandlung überwiesen werden müßten, während Lloyd George demgegenüber seinen Standpunkt geltend machte, daß diese Fragen sehr dringlich seien und unter die Artikel 2 und 3 der Resolutionen von Cannes fallen, und diesen Standpunkt auch durchsetzte. Auch für die Forderung Ungarns, die Minoritätenfrage zu behandeln, trat Lloyd George ein.

Dagegen hat Lloyd George sich gegen die Diskussion der Forderungen der ukrainischen Emigranten und der georgischen Regierung, ihre Anwartschaften auf der Konferenz zu behandeln, ausgesprochen, weil man sich einerseits nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen dürfe, andererseits, weil Georaien nicht ein europäischer Staat sei. Auch bei der Besprechung des päpstlichen Memorandums hat sich Lloyd George für die Ausschaltung des Artikels 3, der eine Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse bedeuten würde, ausgesprochen und so einen weiteren Schritt nach vorn auf dem Wege der Verständigung mit Rußland getan! Auf der anderen Seite jedoch ist als Ergebnis dieser Sitzung zweifellos eine weitere Zuspitzung des Verhältnisses Lloyd George zu Frankreich und Belgien sowie eine wesentliche Verschärfung seiner Beziehungen zur Kleinen Entente anzusehen.

Verschärfte Schwierigkeiten

Sonderbericht des „Intel“.

Genua, 11. Mai.

Die Konferenz steht im Zeichen der verschärften Schwierigkeiten. Der bereits bekannte Protest Barthous, gegen die Bräderung der russischen Antwort als ein „Verschleppungsmanöver“ bedeutet, daß Frankreich die Auffassung der russischen Delegation, nach der Frankreich aus den Beratungen über das Memorandum ausgeschlossen ist, keineswegs teile und seinen hartnäckigen Widerstand aus den weiteren Beratungen der russischen Frage nicht ausschalten lassen werde. Nach den gestern verbreiteten Nachrichten über eine entgegenkommende Haltung der belgischen Delegation hält es der belgische Gesandte in Rom für notwendig zu erklären, daß Belgien auf seinem unnachgiebigen Standpunkt in der Frage der Rückertattung des Privat-eigentums an die Ausländer beharren müsse. Damit wird die Neuerung des italienischen Delegierten, Visconte Venosta, daß die Möglichkeit bestünde, den heiß umstrittenen Artikel 7 aus der allgemeinen Diskussion auszuschalten, so wie alle an diese Neuerung geknüpften Hoffnungen auf eine baldige Lösung der russischen Frage wiederum hinfällig. Nach wie vor bleibt der Artikel 7 des Memorandums der Angelpunkt für die Haltung Frankreichs und Belgiens, und damit die gefährlichste Klippe für die Konferenz.

Das scharfe Auftreten Frankreichs und Belgiens, an das man sich nachgerade gewöhnt hat, würden noch keinen Anlaß zu außergewöhnlich pessimistischen Betrachtungen geben, wenn nicht nach den neuesten Nachrichten nunmehr auch die kleine Entente in Opposition zu Lloyd George und Schanzer getreten zu sein scheint. Alles in allem scheint die Herbeiführung eines Kompromisses heute noch schwieriger als gestern. Trotzdem erwartet man in Genua die Klärung der Situation bereits in den nächsten Tagen. Wenn diese Ansicht zutrifft, so dürften die nächsten Tage einen stürmischen Verlauf nehmen.

Die russische Antwort

Sonderbericht des „Intel“.

Genua, 11. Mai.

Die vormittags von Tschitscherin persönlich Schanzer übergebene Antwort der russischen Delegation auf das Memorandum wurde der Presse erst um vier Uhr bekanntgegeben. Die Russen haben weder mit Ja noch mit Nein geantwortet. Sie haben die Forderungen der Artikel 1 und 13, sowie die in Artikel 7 vorgesehenen Schiedsgerichte abgelehnt, sich aber mit der Entschädigung der ausländischen Kapitalisten in der bereits mitgeteilten Form (Gewährung von Vorkrediten bei Erteilung von Konzeptionen und Beteiligung an gemischten Gesellschaften) bereit erklärt. Sie erklären, daß sie an der Gewährung von Krediten von Regierung zu Regierung festhalten und die alleinige Gewährung von Privatkrediten als nicht ausreichend betrachten. Die Antwort ist in jenem Rahmen gehalten, den der Brief Tschitscherins an Lloyd George vorgezeichnet hat.

Die Antwortnote besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil stellt die russische Delegation fest, daß das Memorandum der Alliierten sowohl gegenüber dem in der Villa d'Alberici getroffenen Abkommen wie auch dem Londoner Ultimatum und den in Cannes gefaßten Entschlüssen gegenüber einen Rückschritt bedeute. Obwohl die Mächte immer davon gesprochen hätten, daß im Vordergrund der Konferenz von Genua die Frage des Wiederaufbaus

Europas stehen solle, spreche das Memorandum nur von der Vergangenheit, nicht aber von der Zukunft. Man habe der russischen Delegation nicht einmal die Möglichkeit gegeben, in der Exportkommission für Wirtschaftsfragen ihr Programm für den künftigen Wiederaufbau Rußlands darzulegen. So habe sich vor allem eine verhängnisvolle Einstellung bei der Erledigung der russischen Fragen ergeben.

Weiter wird ausgeführt, daß es den Mächten, die es sich angelegen sein lassen, die Finanzfragen (Kriegs- und Vorkriegsschulden) in den Vordergrund der Verhandlungen zu rücken, in Wahrheit nur um politische Zwecke zu tun sei.

Es heißt dann wörtlich: „Die politische und die soziale Reaktion, die in den meisten Staaten auf die Kriegszeit folgte, verfuhr, durch die Niederwerfung Rußlands, das gegenüber individuellen Tendenzen kollektive Tendenzen vertritt, den Triumph des individuellen Kapitalismus durchzusetzen. Die Sowjetdelegation hat sich geweigert und weigert sich noch immer, in die Verhandlungen von Genua politische Tendenzen hineinzutragen, aber sie muß feststellen, daß die Versuche, auf der Konferenz von Genua das Programm einer Partei oder eines sozialen Systems triumphieren zu lassen, gegen den Geist von Cannes verstoßen. Diese Versuche würden von gewissen Mächten unternommen.“

Weiter heißt es: „Wenn die Arbeiten der Konferenz gefährdet werden, so muß die Verantwortlichkeit dafür auf jene Mächte zurückfallen, die sich einer allgemeinen Verständigung widersetzen und die Interessen gewisser sozialer Gruppen den allgemeinen Interessen Europas gegenüberstellen.“

Bayerische Justiz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 11. Mai.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten. In dem Verleumdungsprozess, den der frühere Sekretär Eisners, Fehrenbach, gegen den Herausgeber der Süddeutschen Monatshefte, Prof. Cosmann und Genossen angestrengt hatte, ist heute nach 14tägiger Verhandlung vom Schöffengericht München I das Urteil verkündet worden. Die drei Beklagten, Prof. Cosmann, Redakteur Oberhuber vom „Bayerischen Kurier“ und Redakteur Müller von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurden von dem Vergehen der üblen Nachrede freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden dem Privatkläger Fehrenbach auferlegt. Der vierte Beklagte, Redakteur Adelmeier, der in einem Separatartikel zur Ermordung Fehrenbachs aufgefordert hatte, wurde zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es u. a.: es sei festgestellt worden, daß Eisner sich einer Fälschung schuldig gemacht habe. (Graf Hertling habe nur zur Steuer der Wahrheit den bewussten Brief geschrieben.) Die Beklagten haben nicht nur im persönlichen, sondern auch im öffentlichen Interesse gehandelt. Deshalb muß ihnen der Schutz des § 198 ausgeschrieben werden. Auf alle Fälle haben die Beklagten gütig behandelt. Den Redakteuren sei eine berechtigte Empörung über die Eisnersche Fälschung zugute zu halten.

Dieses Urteil wundert uns durchaus nicht. Wäre es anders ausgefallen, so müßte man ja noch an eine Gerechtigkeit in Bayern glauben. Und diesen Glauben hegt heutzutage kein Vernünftiger. Daß das Münchener Gericht die Nichtwürdigkeiten der deutschen Diplomatie noch beachtet, gehört zur deutschen Justiz. Aber trotz dieses Urteils wird die gesamte Kulturwelt mit ihrer die doppelte Buchführung der deutschen Diplomatie und ihre Verlogenheit gerade durch die Verhandlungen in München als erhärtet erachtet. Daß der Redakteur, der zur Ermordung Fehrenbachs aufgefordert mit der lächerlich geringen Geldbuße von 500 M. davonkam, erhöht nur den Wert bezw. den Unwert des Richterpruchs.

Verhandlungen im Ruhrgebiet

Boffs Büro meldet aus Essen, daß Verhandlungen zur Beilegung des Streiks eingeleitet seien. Wegen Teilnahme an der Meißner sollen Entlassungen nicht vorgenommen, die Entscheidung über Entlassungen, Kündigungen oder Nichtwiedereinstellungen infolge vermeintlicher Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften einem Schlichtungsausschuß überweisen und der gegenwärtige Streik nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet werden.

Das Urteil gegen Menne und Thieme

Ersurt, 11. Mai.

Wie die Thüringer Allgemeine Zeitung meldet, hat heute nachmittag die Disziplinarkammer in dem Verfahren gegen die Urheber der Eisenbahnerstreiks vom März dieses Jahres das Urteil gefällt. Die Angeklagten, Eisenbahninspektor Menne, Lokomotivführer Thieme und Eisenbahnsekretär Dittl wurden für schuldig befunden und die Disziplinarkammer erkannte gegen sie auf Dienstentlassung. Von der Gewährung einer Teilpension wird abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungsweise der Beschuldigten vorhanden seien, und außerdem Aussicht bestehe, daß die drei Angeklagten in der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und -Angestellten einen ausreichenden Lebensunterhalt finden. Die Frage, ob die Angeklagten bei der Ausübung ihrer Tat Beamte gewesen seien, wird bejaht. Ein Streikrecht der Beamten gebe es nicht.

Das Disziplinargericht hat also seinen Zweck vollkommen erfüllt. Es hat nicht nur diszipliniert, sondern auch jede Teilpension aberkannt. So rächt sich die deutsche Demokratie dafür, daß Beamte es wagten, das ihnen in der Reichsverfassung garantierte Streikrecht auszuüben.

Briefkasten

Nach Potsdam. Ihre Zuschrift ist ja sehr interessant, da sie aber ohne Unterschrift ist, können wir sie nicht veröffentlichen. Geben Sie uns deshalb Ihren Namen an, der natürlich unter allen Umständen Redaktionsgeheimnis bleibt.

Das altbewährte Kräftigungsmittel
für Körper und Nerven

Sanatogen

Ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Stadtverordnetenversammlung

Genosse Moses über das Blutbad

Die gestrige ordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung führte zuerst die Aussprache über die

Umordnung des Krankenpflegeausbildungswesens zu Ende.

Genossin Lungwitz forderte im Auftrage unserer Fraktion die Wiederherstellung der Magistratsvorlage mit der Parentschädigung auf 250 M.

Zum Schluß dieser Aussprache entspann sich, ausgelöst durch Ausführungen des Zentrumsmannes Dr. Salzgeber eine Frauenrechtsdebatte. Dieser Redner glaubte feststellen zu müssen, daß die Linksparteien von der Wirkung des Frauenwahlrechts enttäuscht seien.

Genosse Dr. Wehl führte hierzu aus, daß es nicht verwundern dürfe, wenn viele Frauen noch nicht wüßten, wo sie hingehören, weil Jahrzehnte hindurch die Frauen gerade durch die Partei Dr. Salzgebers systematisch gedemütigt und verdrummt worden seien. Trotzdem die Männer aber schon seit über 50 Jahren das freie Wahlrecht hätten, müßten ebenfalls noch viele nicht, wohin sie politisch gehörten. Es gäbe sogar Stadtverordnete, die sich als Arbeiter bezeichnen, die es mit ihrer Ehre vereinbaren könnten, Mitglieder der Deutschen Nationalen Volkspartei zu sein. Die geistig gesunden Frauen gehörten schon längst zu den Linksparteien und der politische Gesundungsprozeß bei den Frauen werde bestimmt den Zustrom der Frauen in die Linksparteien beschleunigen.

Die kurzen Ausführungen des Genossen Dr. Wehl brachten einige bürgerliche Frauen vor das Rednerpult, die diesen Ausführungen entgegenzutreten versuchten. Den Rednerinnen von rechts traten in geschickter Weise unsere Genossinnen Fahrenwald und Lungwitz entgegen.

Nach Erschöpfung der Rednerliste wurde zuerst über den Antrag unserer Fraktion, Wiederherstellung der Magistratsvorlage und Festsetzung der Parentschädigung auf 250 M., abgestimmt. In zweimaliger Abstimmung wurde neuer Antrag mit 96 gegen 95 Stimmen angenommen.

Die enttäuschten Bürgerlichen beantragten nunmehr eine dritte Lesung dieser Vorlage. Der Antrag wurde jedoch mit 96 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Die Verschlechterungsversuche der Bürgerlichen an der Vorlage sind also gescheitert.

Hierauf erhielt das Wort zu seiner Etatsrede der Kammerer Dr. Karling, dessen Ausführungen wir morgen ausführlich wiedergeben werden.

Nach der Etatsrede des Kammerers wurde in die Beratung der Anträge über

Die Vorgänge vor dem Rathaus am 2. Mai

und des Antrages der Kommunisten über die Verhaftung des Stadirates Orlewicz eingetreten.

Zur Begründung des kommunistischen Antrages erhielt Schuhmacher das Wort. Als dieser Redner das Wort erhielt, verließen die Bürgerlichen fluchtartig den Saal. Er kritisierte in scharfer Weise das brutale Vorgehen der Schupo vor dem Rathaus und den Feindschicksal.

Die Stellungnahme der USP.

Der Antrag unserer Fraktion lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligt das Verhalten des Oberbürgermeisters Boch und des Stadtverordnetenvorstehers Caspari, die ohne jeden Grund Polizei zum Schutze der in keiner Weise bedroht gewesenen Stadtverordneten angefordert haben. Des weiteren mißbilligt die Stadtverordnetenversammlung das rigide Vorgehen der Polizeioffiziere gegen die Demonstranten.

Der Antrag begründet

Stadtv. Gen. Dr. Moses:

Die Bürgerschaft verzieht es nicht, daß die Erörterung der blutigen Vorgänge vor dem Rathaus erst heute erfolgt. Die städtischen Arbeiter haben am 2. Mai von ihrem Rechte auf Demonstration Gebrauch gemacht, sie haben sich sogar vorher über Art und Umfang der Demonstration mit dem Polizeipräsidenten verständigt. Die Handlungsweise des

Oberbürgermeisters und des Stadtverordnetenvorstehers, die von der Polizei verlangten, daß dafür gesorgt werden müsse, daß die Stadtväter ungehindert in das Rathaus gelangen könnten, heißt in die Sprache Preußens übersetzt: die Polizei scharf machen gegen die Demonstranten! Durch die Anforderung der Polizei sind der Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenvorsteher die intellektuellen Urheber des blutigen Zusammenstoßes, auf ihnen lastet große Verantwortung. Es interessiert uns, ob der Magistrat von der Handlung des Oberbürgermeisters orientiert war, oder ob er aus eigener Machtvollkommenheit gehandelt hat.

Wenn deutschnationale Sakentruener im Lustgarten demonstrieren und weiter im geschlossenen Zuge am Kurfürstendamm ständert, dann greift die Schupo nicht ein. Die Freunde der Republik hält sich die Schupo bananenweit vom Halbe, die Feinde der Republik können jedoch machen, was sie wollen. Eine Demonstration der Arbeiter verläuft um so friedlicher, je weniger Polizei sich sehen läßt. Nicht gewissenlose Agitatoren hegen die Arbeiter auf, sondern die wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse, die der Krieg geschaffen hat, die Jahre der Not und des Elends.

Der Redner zitierte dann Heine, der sich anlässlich der Wahlrechtsvorgänge 1910 im Reichstage in scharfster Weise gegen das Vorgehen der Polizei gemeldet hatte und einen Erlaß des reaktionären Polizeipräsidenten Dinkelsden, der im Jahre 1849 sich ebenfalls scharfsten gegen brutale und schimpfende Polizeistellen wandte, und ihre Dienstleistung anordnete.

Weiter erörtert der Redner Ueberariffe der Polizei gegen an der Demonstration nicht beteiligte Bürger. Er führte dann weiter aus:

Das Aufmarschieren der Polizei wirkt aufreizend und provokatorisch auf große Teile der Arbeiterschaft. Wenn dann noch ein Polizeimajor mit dem Orden „Pour le merite“ geschmückt herumläuft, dann muß das erst recht auf die Arbeiter provozierend wirken. Dieser Herr eignet sich vielleicht zum Statisten beim „Friedrich Rex“, aber keineswegs zum Polizeioffizier.

Nachdem der Redner sich eingehend mit der bürgerlichen Hetz- und Schwindelpresse, ganz besonders dem „Berliner Tageblatt“ befaßt hatte, befaßte er sich mit dem Empfinden irgendeines Bogmeisters durch den Oberbürgermeister im Berliner Rathaus. Genosse Moses gab der Auffassung Ausdruck, daß der Oberbürgermeister seine Pflichten total verkenne, die Bürgererschaft müsse es sich sehr verbitten, daß einem solchen Manne so große Bedeutung beigelegt werde.

Zum Schluß führte Genosse Dr. Moses aus: In Deutschland hat man immer geglaubt, man könne alles durch Einsetzen von Polizei ordnen. Die Naivität dieser Auffassung zeigt der November 1918. Mit „immer feste druff“ werden sie nicht erreichen. Ein Weitergehen auf diesem Weg wird verhängnisvoll wirken und zu Katastrophen führen, denn nie und nimmer werden sich die Arbeiter in die alten Sklavenketten legen lassen. Wenn es ernst damit ist, daß solche Vorgänge wie am 2. Mai für alle Zukunft vermieden werden, muß sich mit uns dafür einsetzen, daß der alte Polizeigeist beseitigt wird und bei der Polizei eine freiere, gerechtere und menschlichere Auffassung Platz greift.

Zu den Anträgen sprechen noch familiäre bürgerliche Fraktionen, die die Demonstration der Arbeiter verurteilen und die Schupo-Offiziere in Schutz nehmen. Die Deutschenationalen forderten scharfe Entlassung der „Mädelsführer des Proteststreiks und Maßnahmen von Arbeitern und Angestellten, die sich an dem Proteststreik beteiligt haben.

Bei Schluß der Redaktion lag uns ein Resultat über die Abstimmung noch nicht vor.

Das neue Gesetz über die Fleischversorgung

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: In Erwartung der gesetzlichen Neuregelung der Fleischversorgung und infolge der Ungewißheit über die Fassung des neuen Gesetzes sind in der letzten Zeit die bisherigen in Kraft befindlichen Verordnungen seitens der Viehhändler und Fleischer nicht immer mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit befolgt worden. Das neue Gesetz über die Fleischversorgung ist nun bereits veröffentlicht worden und wird in den nächsten Tagen in Kraft treten. Es deckt sich im allge-

meinen mit der Verordnung vom 10. September 1920. Lediglich der Schlusssatz ist im allgemeinen aufgehoben und nur auf die großen Schlachtviehmärkte beschränkt worden. Alle übrigen Bestimmungen, unter anderem auch die Pflicht der Ladenfleischer, Preisverzeichnisse in ihrem Verkaufsraume aufzuhängen, sind bestehen geblieben. Gegen diese Bestimmung wird namentlich von den Berliner Fleischern geklagt. Wie bekannt geworden ist, sind die in Frage kommenden Behörden erneut auf die Ueberwachung der Durchführung dieser Bestimmungen hingewiesen worden. Da auch die Strafen bedeutend erhöht worden sind — drei Monate Gefängnis oder bis zu 100 000 Mark Geldstrafe — würde die Nichtausführung dieser Bestimmung eine empfindliche Bestrafung nach sich ziehen.

Neue Spielplätze in Berlin

Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung erneut eine Vorlage zur Beschaffung weiterer Spielplätze zur Beschlußfassung und Bewilligung der dafür erforderlichen Mittel eingereicht.

1. Im Innern der Stadt soll auf dem bisherigen Reitplatz Hippodrom am Zoologischen Garten, dessen pachtweise Ueberlassung seitens der Tiergartenverwaltung als gesichert gelten darf, ein großer Übungsplatz für Spiel und Sport angelegt werden. Die Kosten hierfür betragen 6 Millionen Mark einschließlich des zu erwartenden Zuschusses aus der Erwerbslosenfürsorge. Der Platz würde durch seine günstige Lage besonders für den Charlottenburger Bezirk und den Bezirk Tiergarten, aber auch für andere Teile des Berliner Stadtgebietes von hoher Bedeutung sein und soll ebenso den Schulen wie den sportlichen Vereinen als großes Übungsfeld bestens dienen.

2. Im Norden ist besonders zur Fürsorge für Pankow und Reinickendorf auf dem Gelände, das gegenwärtig noch der Schützengilde gehört, und auf dem angrenzenden holländischen Gelände eine große Sport-, Spiel- und Erholungsfläche vorgesehen. Die Stadtverordnetenversammlung hat diesem Projekt prinzipiell dadurch zugestimmt, daß sie am 6. April d. J. den Fluchtlinienplan beschloß, durch welchen dieses Gelände als Freifläche ausgewiesen worden ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat aber in derselben Sitzung am 6. April d. J. sich mit der Umgestaltung der Schönlager Heide einverstanden erklärt. Diese Umgestaltung ist ein Anfang des oben bezeichneten großen Projektes. Die Mittel für dieses Projekt werden einschließlich des zu erwartenden Zuschusses aus der Erwerbslosenfürsorge auf 2 000 000 M. veranschlagt. Bei der großen Ausdehnung des Nordens und der starken Bevölkerung, die dort zu erwarten ist, wird noch ein weiterer Spielplatz im Westen von Reinickendorf an der Scharnweberstraße für erforderlich erachtet. Dieser Platz würde an den großen, schon vielfach im Gebrauch befindlichen, dort gelegenen Augenspielplatz angrenzen und soll als ein Übungsplatz für die Schulen und Vereine hergestellt werden. Hierfür entstehen einschließlich des Zuschusses aus der Erwerbslosenfürsorge 2 Millionen Mark Kosten.

3. Im Süden wird für Neukölln auf dem Gelände der alten Schießstände nordöstlich angrenzend an das Tempelhofer Feld die Ausführung eines großen Volkserholungsplatzes für Alt und Jung nebst Spiel- und Sportflächen, Rodelbahn usw. vorgeschlagen. Die pachtweise Ueberlassung dieses Geländes darf als gesichert gelten. Für die Durchführung dieses großen Projektes ist einschließlich des zu erwartenden Zuschusses aus der Erwerbslosenfürsorge zunächst ein Teilbetrag von 6 Millionen Mark erforderlich.

4. Endlich werden noch im Südwesten folgende zwei Projekte zur Ausführung empfohlen: Für den Wilmersdorfer Bezirk wird die Ausführung eines größeren Übungsplatzes für Spiel und Sport nach dem Vorbild des Dominikusplatzes auf einem unbauten Moorgelände vorgeschlagen, das die Gemeinde Grunewald zur Anlage eines Friedhofes erworben hatte. Die Kosten betrafen sich einschließlich des zu erwartenden Zuschusses aus der Erwerbslosenfürsorge auf 2,5 Millionen Mark. Für den Steglitzer Bezirk wird die Erweiterung eines dort schon vorhandenen Spielplatzes an der Ringstraße um 1,2 Hektar vorgeschlagen und hierfür einschließlich des zu erwartenden Zuschusses aus der Erwerbslosenfürsorge die Vereinstellung eines Betrages von 220 000 Mark notwendig.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Englisch autorisierte Übersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1918 by Haffner & Co., Berlin.

(69. Fortsetzung.)

„Gefällt dir die Geschichte?“ fragte mich Jakow.

Ich brummte verlegen irgend etwas vor mich hin, worauf Jakow ruhig erklärend fortfuhr:

„Es ist eben mal so, wenn satte Leute sich 'nen Spaß erlauben wollen und es nicht verstehen. Kaufleute zum Beispiel, die von ihrer Schlaueit leben, was gar nicht leicht und sehr langweilig ist. Da möchten sie eben auch mal ein bißchen Kurzwelt haben...“

Man hört das leise Rauschen der Blut hinter dem Schiffsrumpf, der an den schwarzen Ufern langsam hingeleitet. Die Passagiere liegen schnarchend zwischen den Bänken auf dem Verdeck, und mitten hindurch schwebt still eine hohe, hagere Frauengestalt auf uns zu. Sie trägt ein schwarzes Kleid, und ihr graues Haar ist unbedeckt. Der Heizer stößt mich mit der Schulter an und sagt leise:

„Sieh doch — die scheint Kummer zu haben...“

Und es scheint mir in diesem Augenblick fast, daß fremder Kummer ihm Vergnügen bereitet. So viel Geschichten er mir auch erzählte — ich kann mich nicht erinnern, daß auch nur eine darunter wirklich lustig war. Seine Sprache war ruhiger, leidenschaftsloser als die Sprache der Bücher — aus diesen hörte ich oft das Gefühl des Verfassers, seinen Zorn, seine Freude, seinen Gram oder Spott heraus. Der Heizer aber lagte nicht und verurteilte nicht, nichts freute ihn und nichts empörte ihn merklich; er redete wie ein parteiloser Zeuge vor dem Richter. Angeklagter, Kläger, Richter — alle sind ihm gleichgültig... Diese kalte Unparteilichkeit weckte in mir mehr und mehr ein Gefühl der Abneigung, ja der Feindseligkeit gegen Jakow.

Man hat dich wohl schwer gekränkt im Leben? fragte ich ihn einmal, als er vor dem Feuerkasten stand und mit dem hölzernen Hammer das Zuströmen des flüßigen Brennstoffes regulierte.

„Wer sollte mich zu kränken wagen? Ich bin stark — wenn ich dreinschlage...“

„Ich spreche nicht von Schlägen... Deine Seele hat man vielleicht gekränkt?“

„Die Seele kann man nicht kränken, sie nimmt keine Kränkung an“, sagte er. „Der menschlichen Seele kannst du auf keine Weise nahekommen...“

Die Fahrgäste, die Matrosen, alle Leute sprachen von der Seele ebenso viel und so oft wie von der Erde, von der Arbeit, vom Brot und von den Frauen. Jedes zehnte Wort in der Rede einfacher Leute heißt „Seele“ — es ist zur gangbaren Münze geworden wie ein kupferner Pfänser. Es mißfällt mir, daß dieses Wort auf den schlüpfrigen Zungen der Leute so heimlich geworden ist, und wenn ich höre, wie unsere Bauern mitten in ihren unflätigen Reden es immer wieder über die Lippen bringen, ist es mir, als wenn mich jemand mit Pfeitschenstieben traf. Ich weiß noch, wie vorsichtig und behutsam die Großmutter von der Seele redete, diesem geheimnisvollen Sitz der Liebe, Schönheit und Freude; ich glaube, daß nach dem Tode eines guten Menschen weiße Engel seine Seele in den blauen Himmel tragen, zu dem guten Gott meiner Großmutter, der sie in Gnaden bei sich aufnimmt:

„Run, meine Liebe, meine Reine — hast du genug geirrt und gelitten?“

Und er verleiht der Seele sechs schöne, weiße Seraphflügel.

Auch Jakow Schumow sprach von der Seele nur ungerne und mit großer Vorsicht, wie die Großmutter. Er flocht sie nicht in seine Schimpfreden ein, und wenn andere sie zum Gegenstande ihrer Besprache machten, senkte er seinen roten Sternnaden und schwieg. Fragte ich ihn, was die Seele sei, so antwortete er:

„Die Seele ist der Geist, der Atem Gottes...“

Und wenn ich noch mehr wissen wollte, erwiderte er mit gefestem Kopfe:

„Von der Seele, mein Lieber, begreifen auch die Popen nicht viel, das ist eine geheimnisvolle Sache...“

Zimmer wieder gab mir dieser seltsame Mensch zu denken — es war, als wenn er mit seiner breiten Gestalt alles andere ringsum vor meinem Blicke verdeckte. Es ereignete sich allerdings nicht viel Bemerkenswertes auf dem Dampfer. Daß die Frau des Bäckers von einer verdächtigen Liebeshandlung gegen mich war, kann ich kaum als ein großes Erlebnis

betrachten. Bei ihrer Morgentoilette ließ sie sich mit Vorliebe von mir bedienen, obwohl das zu den Unlichkeiten der unrunder, schmutzigen Lutscha gehörte, die in der zweiten Kabine aufwartete. Wenn ich in der engen Kabine neben der bis an die Hüften entblößten Dame stand und ihren weichen, gelben, an überäuerten Teig erinnernden Körper sah, mußte ich unwillkürlich an die prallen braunen Glieder Königin Margots denken und konnte mich eines Ekels nicht erwehren. Sie spricht in so wunderbarem Tone zu mir, bald klagend und lodend, dann wieder ärgerlich und spöttisch, und ich errate wohl ganz von fern den kläglich gemeinen, schamlosen Sinn ihrer Reden. Doch sie lassen mich kühl, ich lebe weit entfernt von der Bäckersfrau und allem, was auf dem Dampfer vor sich geht. Ich sitze hinter meinem moosbewachsenen Stein, der diese ganze, Tag und Nacht dahinschwimmende Welt vor meinen Augen verbirgt.

„Unsre Sawrilowna ist ja ganz vernarrt in dich,“

höre ich wie im Traume Lutschas Spottrede — „halt dich nur dran, versichere dir dein Glück nicht. Junge...“

Auch das übrige Personal macht allerhand Anspielungen, Jakow aber rät mir väterlich:

„Bist du so zwei Jahre älter, dann ließe sich von der Sache reden, aber in deinem Alter ist's besser, du gibst nicht nach. Uebrigens, wie du willst...“

„Unsinn,“ sage ich, „das wäre doch Schmutzerei...“

„Hast recht,“ pflichtet er bei, doch hat er gleich wieder seine Gegengründe bereit:

„Man kann sich schließlich über sie nicht wundern, sie hat nichts vom Leben, es geht bei ihr auf'n Winter zu... Auch der Hund will mal gestreichelt werden, um wieviel mehr der Mensch! Bärtlichkeit ist der Frau Bedürfnis, wie Fruchtigkeit den Fliegen — sie lebt davon. Sie mag sich selbst dessen schämen, aber was sollen sie machen? Der Körper verlangt's, da ist sie eben machtlos...“

„Sie tut dir also leid?“ frage ich und sehe ihm forschend in die Augen.

„Leid tun? Mir? Ist sie vielleicht meine Mutter?“

Für die eigne Mutter hat man oft kein Mitleid, um wieviel weniger für so eine! Ein Sonderling bist du doch!“

(Fortsetzung folgt.)

